

Amt der Tiroler Landesregierung, 6020 Innsbruck, Österreich

Hilfsmittelzentrale Blinden- und
Sehbehindertenverband
Amraser Straße 87
6020 Innsbruck

Mag.jur. Matthias Rettenwander
Telefon +43 512 508 7668
Fax +43 512 508 742595
mindestsicherung@tirol.gv.at

Sammlungsbewilligung 2019

Geschäftszahl - bei Antworten bitte angeben

Va-888-360/131
Innsbruck, 08.11.2018

BESCHEID

I. Bewilligung

Die Tiroler Landesregierung erteilt dem Blinden- und Sehbehindertenverband Tirol, auf Grund des Ansuchens vom 24.10.2018 gemäß § 2 Abs. 1 iVm §§ 4 und 5 Sammlungsgesetz 1977, LGBI. Nr. 40/1977 idgF., die Bewilligung zur Durchführung folgender Sammlungen:

Haus und Betriebssammlung von Geldspenden mittels fortlaufend nummerierter Sammellisten bzw. Sammelbüchsen **im gesamten Bundesland Tirol** in der Zeit vom

01. April 2018 bis 31. Mai 2019

Straßensammlung von Geldspenden mittels fortlaufend nummerierter Sammellisten bzw. Sammelbüchsen in Innsbruck, Hall, Schwaz, Jenbach, Wörgl, Kufstein, St. Johann i.T., Kitzbühel, Lienz, Telfs, Imst, Landeck und Reutte, in der Zeit vom

26. April 2019 bis 28. April 2019

II. Auflagen

Nachstehende Auflagen sind einzuhalten:

1. Die als Sammler eingesetzten Personen müssen einen Sammlungsausweis mit sich führen und diesen auf Verlangen vorzeigen.
2. Die Sammellisten und Sammelbüchsen müssen so gekennzeichnet sein, dass jedermann den Veranstalter der Sammlung und den Sammlungszweck deutlich sehen kann.
3. Das Ergebnis der Sammlung ist dem Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Soziales, **innerhalb von vier Monaten nach Abschluss der Sammlung** bekannt zu geben. Auf Verlangen ist den Organen des Amtes der Tiroler Landesregierung Einschau in die Buchhaltung zu gewähren.
4. Das Ergebnis der Sammlung ist ausschließlich für den im Ansuchen angeführten Zweck zu verwenden. Der Nachweis der Zweckwidmung ist nach Abschluss der Sammlung, gemeinsam mit dem Sammlungsergebnis gemäß Punkt 3, dem Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Soziales, vorzulegen.
5. Die Entlohnung der Sammler hat auf die im Ansuchen angeführte Art und im dort angeführten Ausmaß zu erfolgen.

III. Kosten

Für die Erteilung dieser Bewilligung ist gemäß Tarifpost 1 der Anlage zu § 1 Abs. 1 der Landes-Verwaltungsabgabenverordnung 2001 eine **Verwaltungsabgabe von € 15,00** an das Amt der Tiroler Landesregierung, IBAN AT54 5700 0002 0000 1795 bei der Hypo Tirol Bank AG unter Angabe der Geschäftszahl zur Anweisung zu bringen.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht erheben. Die Beschwerde ist mit € 30,00 zu vergebühren. Die Gebühr ist unter Angabe des Verwendungszweckes auf das Konto des Finanzamtes für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel bei der BAWAG P.S.K. IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW, zu entrichten. Der Zahlungsbeleg oder der Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung ist der Beschwerde als Nachweis für die Entrichtung der Gebühr anzuschließen.

Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer können die Entrichtung der Gebühr auch durch einen schriftlichen Beleg des spätestens zugleich mit der Eingabe weiterzuleitenden Überweisungsauftrages nachweisen, wenn sie darauf mit Datum und Unterschrift bestätigen, dass der Überweisungsauftrag unter einem unwiderruflich erteilt wird.

In der Beschwerde sind der angefochtene Bescheid und die Behörde, die ihn erlassen hat, zu bezeichnen. Sie hat ein Begehren zu enthalten und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, darzulegen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen ab Zustellung des Bescheides schriftlich bei der Tiroler Landesregierung einzubringen und hat Angaben zu enthalten, die eine Beurteilung ihrer Rechtzeitigkeit möglich machen. Sie können die Beschwerde gegen diesen Bescheid schriftlich oder per Telefax bzw. per E-Mail und auch mit unseren Online-Formularen rechtswirksam einbringen, die Sie unter www.tirol.gv.at/formulare finden. Bitte beachten Sie, dass der Absender die mit jeder technischen Übermittlungsart verbundenen Risiken (z.B. Übertragungsfehler, Verlust des Schriftstückes) trägt. Eine rechtzeitig eingebrauchte und zulässige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. In der Beschwerde kann die Durchführung einer mündlichen Verhandlung vor dem Landesverwaltungsgericht beantragt werden.

Begründung

Gemäß § 58 Abs. 2 AVG kann die Begründung entfallen, da dem Begehren vollinhaltlich stattgegeben wurde.

Für die Landesregierung:

Mag. Matthias Rettenwander

Ergeht an:

Blinden- und Sehbehindertenverband Tirol, Amraser Straße 87, 6020 Innsbruck

Zur Kenntnisnahme an:

1. die Bezirkshauptmannschaften Reutte, Landeck, Imst, Innsbruck, Schwaz, Kitzbühel, Kufstein und Lienz mit dem Ersuchen, die Gemeinden des Bezirkes zu verständigen,
2. die Stadt Innsbruck, Magistratsabteilung II, z. H. Frau Cabrini
(post.bezirks.gemeindeverwaltung@innsbruck.gv.at)
3. Landespolizeidirektion Tirol, Innrain 34, 6020 Innsbruck (LPD-T@polizei.gv.at)
4. Zur Kenntnis per E-mail an Katharina Kolb